

## **Außenpolitik Kanadas**

*Thorsten Benner/Ines M. Gerke*

Erschienen in: Thorsten Benner/Jürgen Bellers/Ines M. Gerke (eds.) (2001) *Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern* (München, R. Oldenbourg Verlag).

### **Historische Grunddaten**

- 10.2.1763 Im Frieden von Paris wird Großbritannien fällt Nordamerika mit Ausnahme von New Orleans unter britische Herrschaft.
- 1.7.1867 Die kanadischen Provinzen erhalten durch den British North America Act des britischen Parlaments den Status eines sich weitgehend selbst regierenden Dominion.
- 1914-1919 Kanada beteiligt sich am Ersten Weltkrieg und wird gleichberechtigter Unterzeichner der Friedensverträge in Versailles.
- 1919 Kanada ist Gründungsmitglied des Völkerbundes.
- 1923 Heilbutt-Vertrag über Fischereirechte im Pazifik mit den USA
- 1926 Balfour-Deklaration: Abkommen zur Souveränität Kanadas in internationalen Verhandlungen und Angelegenheiten
- 1931 Westminster-Statut beendet das British Empire und verleiht Kanada völkerrechtliche Souveränität. Kanada wird Mitglied des neugegründeten »British Commonwealth« (seit Mitte der 60er Jahre »Commonwealth of Nations«). Somit bleibt der britische Monarch Staatsoberhaupt.
- 10.9.1939 Kanadische Kriegserklärung an das Deutsche Reich erfolgt eine Woche nach der britischen.
- 1945 Kanada ist Gründungsmitglied der Vereinten Nationen.
- 1947 Kanada unterzeichnet das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT).
- 4.4.1949 Gründungsmitglied der NATO
- 1952 Zum ersten Mal übernimmt ein Kanadier das Amt des Governor General, der die britische Krone in Kanada vertritt.
- 1950-53 Kanadische Truppen unter UN-Kommando in Korea.
- 1957 Lester Pearson, kanadischer Außenminister und später Premierminister, erhält für seinen Einsatz in der Suez-Krise (1956) den Friedensnobelpreis.
- 1957 NORAD (North American Air Defence Command)-Abkommen mit den USA zur Koordination der Luftverteidigung
- 1965 Die Ahornflagge löst den britischen Union Jack als nationales Symbol Kanadas ab.
- Aug. 1971 US-Präsident Nixon veranlasst protektionistische Maßnahmen im Handel mit Kanada.
- Nov. 1971 Staatsbesuch in der UdSSR
- Juli 1976 Abschluss eines Rahmenvertrages mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit
- Mai 1978 Kanada zieht sich aus dem nuklearen Engagement im Rahmen des NORAD zurück.
- 17.4.1982 Elisabeth II. unterzeichnet in Ottawa den Constitution Act, der Kanada die volle Verfassungssouveränität verleiht. Québec verweigert die Unterschrift unter Kanadas erste Verfassung.
- 1986 In Paris wird »La Francophonie« mit kanadischer Unterstützung ins Leben gerufen.
- 1989 Das Free Trade Agreement (FTA) zwischen den USA und Kanada tritt in Kraft.

1989	Kanada wird Vollmitglied der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).
26.10.1992	Die Mehrheit der kanadischen Bevölkerung stimmt gegen den Charlottetown Accord, einen Kompromiss zur Verfassungsreform.
1.1.1994	Das FTA wird um Mexiko erweitert und tritt als North American Free Trade Agreement (NAFTA) in Kraft.
30.10.1995	Referendum zur Unabhängigkeit Québecks scheitert knapp.
1996	Freihandelsabkommen mit Chile
Dez. 1997	122 Staaten unterzeichnen die Konvention über das Verbot von Anti-Personen-Landminen, die unter maßgeblicher Beteiligung Kanadas entstanden ist.
Apr. 1998	Der kanadische Premierminister, Jean Chrétien, besucht Kuba und widersetzt sich damit dem US-amerikanischen Ziel, das Land zu isolieren.
Mai 1998	Lysoen-Deklaration wird von Kanada und Norwegen unterzeichnet. Sie verpflichtet beide Länder zu Konsultationen und gemeinsamem Handeln in den Bereichen Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte.
Juni 1998	Kanada nimmt als einziger NATO-Staat nicht an den Luftwaffeneinsätzen über Bosnien teil.
Juli 1998	Die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes wird beschlossen. Kanada hatte eine Führungsrolle im Aushandlungsprozess.
7.6.1999	Vereinbarung über flexible Fangquoten und den Schutz der Laichgründe für Lachse beendet den seit sieben Jahren andauernden »Lachskrieg« zwischen Kanada und den USA.

## Historischer Überblick

Kanada ist mit einer Fläche von 9.958.319 km<sup>2</sup> der zweitgrößte Staat der Erde, hat jedoch nur 30,3 Mio. Einwohner. Die Bevölkerung ist zu 98 % englisch- (Muttersprache für 60,5 %) oder französischsprachig (Muttersprache für 23,8 %). Die Lage Kanadas im Norden des amerikanischen Kontinents prägen die kanadische Außenpolitik ebenso wie seine Kolonialgeschichte.

Drei breite Phasen lassen sich in der kanadischen Außenpolitik unterscheiden: die des Kolonialismus, des Isolationismus und des Internationalismus. Die Phase des Kolonialismus beginnt in den frühen Jahren der kanadischen Geschichte, als Kanada noch britische Kolonie war. Sie ist begründet in der starken Bindung an das Britische Empire. Diese Bindung war sowohl gefühlsmäßiger als auch rechtlicher Natur. Kanada hatte zu diesem Zeitpunkt nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, im Bereich der Außenpolitik eigenständig zu handeln. Außenpolitische Entscheidungen wurden vom britischen Außenministerium in London getroffen.. Dies änderte sich erst im 20. Jahrhundert mit zunehmender Emanzipation Kanadas von der Kolonialmacht Großbritannien. Der Erste Weltkrieg kann als Meilenstein auf dem Weg zur Souveränität gesehen werden. Kanada fühlte sich als Dominion selbstverständlich an die britische Kriegserklärung gegenüber dem Deutschen Reich gebunden. Kanadische Truppen nahmen an den Auseinandersetzungen teil. In Kanada wuchs jedoch mit wachsenden Verlusten die Unzufriedenheit, an Kriegen teilnehmen zu müssen, in denen die eigene Regierung keinen Einfluss geltend machen konnte. Diesem Argument konnte sich die britische Regierung nicht entziehen, und im März 1917 wurde der damalige kanadische Premierminister Borden in das britische Kriegskabinet aufgenommen. Im April verabschiedete die Empire-Kriegskonferenz eine Resolution, die die künftige Konsultierung der Dominions in allen wichtigen Empire-Fragen vorsah. Beim Friedensschluss in Versailles trat Kanada als gleichberechtigter Unterzeichner auf und wurde daraufhin Vollmitglied des Völkerbundes sowie der ihm angeschlossenen internationalen Organisationen.

1923 unternahm Kanada einen weiteren Schritt in Richtung vollständiger Unabhängigkeit. Es handelte den so genannten Heilbutt-Vertrag mit den USA, in dem nordpazifische

Fischereirechte geregelt werden sollten, eigenständig aus und unterschrieb ohne britische Gegenzeichnung. In den folgenden Jahren baute Kanada diese außenpolitische Eigenständigkeit weiter aus, indem es beispielsweise ab 1926 seine Interessen in Washington, die vormals durch die britische Botschaft vertreten worden waren, durch einen eigenen Geschäftsvertreter wahrnahm.

Die Empire-Konferenz von 1926 reagiert auf die Zeichen der Zeit mit der Annahme der Balfour-Deklaration, die als Gründungsentwurf des modernen Commonwealth angesehen werden kann. Sie erkannte die Statusgleichheit der wichtigsten Commonwealth-Glieder mit dem Mutterland an. Nur fünf Jahre später (1931) verabschiedete das britische Parlament das Westminster-Statut, durch das das britische Empire offiziell aufgelöst wurde. Das Statut stellte die neue Verfassung des ehemaligen britischen Empire dar und machte Kanada zu einem international voll handlungsfähigen Subjekt. Änderungen der kanadischen Verfassung blieben allerdings weiterhin der Zustimmung des britischen Parlaments unterworfen.

Mit dem Ende des ersten Weltkriegs hatte auch die Phase des Kolonialismus ihr Ende gefunden. Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg blieb allerdings noch lange den Köpfen präsent (60.000 Kanadier waren im Ersten Weltkrieg gefallen) und führte zu einer Ablehnung europäischer Politik. Eine Phase des Isolationismus prägte die Zeit zwischen den Weltkriegen auf dem nordamerikanischen Kontinent. Deutliches Zeichen waren die Nichteinmischung in europäische Politik und die Nichteinbindung in Allianzen. Zwar sahen kanadische Premierminister die Mitgliedschaft im Völkerbund als wichtiges Symbol kanadischer Autonomie, dennoch versuchten sie, Kanadas Verpflichtungen im Rahmen der kollektiven Sicherheitsbestimmungen zu minimieren. Die durch das Westminster-Statut gewonnene außenpolitische Souveränität diente als gutes Mittel zum Verharren im Isolationismus. Und auch die britische Appeasement-Politik gegenüber dem Deutschen Reich kam Kanada sehr entgegen. (Brown, 1997)

Diese Phase endete abrupt im September 1939 mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen. Kanada entschloss sich, dem britischen Mutterland zu folgen und erklärte eine Woche nach Großbritannien dem Deutschen Reich den Krieg. Nach 1945 präsentierte sich die Frage nach Kanadas zukünftiger Rolle auf dem nordamerikanischen Kontinent und in der Welt als vordringliches Problem. Es hatte sich gezeigt, dass Isolationismus nicht das geeignete Mittel zur Friedenssicherung war. Kanada wollte seine Rolle in der Welt neu definieren und war bereit, eine aktivere Rolle zu spielen. Es wollte seine durch das Westminster-Statut und den Einsatz im Zweiten Weltkrieg gewonnene Selbständigkeit auch international anerkannt sehen. Daher wurde das Konzept des Isolationismus nach dem Zweiten Weltkrieg durch das des Internationalismus ersetzt. (Sautter, 1992a)

Die Idee des Internationalismus beinhaltete den Aufbau internationaler Organisationen als Forum zur Regelung von Konflikten. Die Schlüsselfiguren dieser Phase waren Louis St. Laurent, der 1948 Premierminister wurde, und Lester Pearson, der 1948 Außenminister und 1963 Premierminister wurde. Sie sahen den Internationalismus als Mittel zur Entschärfung internationaler Konflikte. Der Richtungswechsel, den diese beiden in den Nachkriegsjahren initiierten, war dramatisch. Kanada zeigte großes Engagement beim Aufbau der UNO und ihrer Unterorganisationen. Zudem engagierte sich Pearson im Commonwealth. Ein entscheidender Schritt war 1949 die Bereitschaft, einer Militärallianz, der NATO, beizutreten. Dieser Schritt bedeutete zugleich eine klare Entscheidung für den westlichen Block.

Die 50er Jahre sahen eine sehr aktive Rolle Kanadas in der Welt, z. B. in friedenerhaltenden Missionen der UN und die Initiative in der Suez-Krise, für die Lester Pearson 1957 den Friedensnobelpreis erhielt. Diese Zeit (1947-57), die durch Kanadas Beteiligung an der Schaffung internationaler Institutionen (UNO, IMF, GATT und NATO) geprägt war, sollte später als das »Goldene Zeitalter« der kanadischen Außenpolitik bezeichnet werden. (Borchard, 1997a: 1)

Während der 50er Jahre entwickelte sich eine stärkere Anbindung an die USA. Das politische Klima innerhalb des Commonwealth, das den Rahmen für viele politische und wirtschaftliche Kontakte gebildet hatte, erwies sich z. B. durch Unabhängigkeitsbestrebungen als sehr wechselhaft. Zudem arbeiteten Kanada und die USA in internationalen Organisationen wie der UNO und in der NATO sehr eng zusammen. Während des Zweiten Weltkrieges war der Wirtschaftsaustausch intensiviert worden und brachte Kanada eine nicht von allen begrüßte Abhängigkeit. Auch die Verteidigungsanstrengungen wurden über den Rahmen der NATO hinaus intensiviert und gipfelten 1957 in der Unterzeichnung des Luftverteidigungsabkommens NORAD. (Sautter, 1992a)

Die extrem internationalistische Ausrichtung der 50er Jahre erfuhr mit der Wahl Pierre Trudeau zum Premierminister (1968) einen Dämpfer. Für Trudeau standen wirtschaftspolitische Interessen im Vordergrund, seiner Meinung nach war die kanadische Außenpolitik zu stark von der Verteidigungspolitik beeinflusst. Er verlangte ein ernsthaftes Überdenken der kanadischen Außenpolitik. Das Ergebnis war das 1970 veröffentlichte Weißbuch der Regierung »Foreign Policy for Canadians«. Es empfahl eine Reduzierung der Auslandseinsätze und eine stärkere Betonung des Handels. Trudeau leitete konkrete Maßnahmen ein, Truppenstärken in Europa wurden reduziert und das Verteidigungsbudget wurde drastisch gekürzt. Zudem versuchte Trudeau, die Abhängigkeit von den USA zu mindern. Wann immer dies möglich war, versuchte die kanadische Regierung daher, eine eigenständige Außenpolitik zu führen. Dies zeigte sich u. a. in der Weigerung, der Handelsblockade gegen Kuba beizutreten, und im Herbst 1970 in der diplomatischen Anerkennung Pekings. (Brown, 1997)

1972 wurde auf der Grundlage des Weißbuches von 1970 ein weiteres Dokument vorgelegt. Es umriss die so genannten »drei Optionen« für Kanada. Die erste Option beinhaltete die Erhaltung des Status quo bzw. eine Art Ad-hoc-Management der bis dato geformten »special relationship« zu den USA. Die zweite Option forcierte eine wirtschaftliche Annäherung an die USA durch vermehrte wirtschaftliche Integration während die dritte Option eine Langzeitstrategie zur Reduzierung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Abhängigkeit von den USA vorsah. Die Regierung Trudeau entschied sich für die dritte Option, da Außenminister Mitchell Sharp in der ersten Option für Kanada die Gefahr sah, schutzlos in den Sog kontinentaler Integration zu geraten, während die zweite Option inakzeptable Folgen für Kanadas Souveränität zu bergen schien. Die Strategie der dritten Option wurde allerdings nie zur offiziellen Kabinettpolitik, da einflussreiche Regierungsmitglieder in einem kooperativen Verhältnis zu den USA nach wie vor die Priorität sahen. Ende der 70er Jahre kehrte die Regierung jedoch zum Ad-hoc-Ansatz der ersten Option zurück. Der Versuch, die Außenbeziehungen durch Handel mit Europa und Asien zu diversifizieren, scheiterte am mangelnden Interesse in Europa und Asien. Zudem führten externe und interne Faktoren wie Ölkrisen, Sturz der Rohstoffpreise und Widerstände in der kanadischen Wirtschaft und vor allem seitens der USA zur Aufgabe der dritten Option. (Borchard, 1997a: 2f.)

Dennoch gab Kanada den Nachkriegsinternationalismus nicht völlig auf. Gegen Ende der Ära Trudeau (1982/83) nahm dieser wieder eine etwas aktivistischere Haltung ein. Er versuchte durch eine Friedensinitiative die wachsende Kluft zwischen den USA und der UdSSR zu überbrücken, konnte aber kein substantielles Ergebnis vorweisen.

Die Ära Trudeau war auch geprägt durch einen steigenden Nationalismus in den frankophonen Teilen Kanadas. Dieser eskalierte 1970 mit terroristischen Akten wie der Entführung hochrangiger Politiker. Trudeau konnte zumindest eine weitere Eskalation verhindern. Dennoch musste er 1976 einen herben Schlag hinnehmen, als seine Regierung durch den Wahlsieg der Parti Québécois in Québec entscheidend geschwächt wurde. »Mit dem Aufkommen eines innenpolitischen Krisenherdes trat das immer schon geringe außenpolitische Interesse der Wählerschaft noch weiter in den Hintergrund. Seither war die

Außenpolitik – die bereits 1974 von keiner Partei zur Wahlplattform gemacht worden war – wieder vollends von innenpolitischen und wirtschaftlichen Problemen überlagert, wie von der Frage der neuen staatlichen Verfassung.« (Fanger/Jäger, 1985: 340)

Mit der Wahl Brian Mulroneys zum Premierminister 1984 rückten außenpolitische Themen erstmals seit 20 Jahren auf der politischen Agenda wieder ganz nach oben. Er befasste sich v. a. mit Problemen der kanadischen Wettbewerbsfähigkeit in einer Änderungen unterworfenen Weltwirtschaft und dem sich erneut verschärfenden Ost-West-Konflikt. Das Weißbuch des Verteidigungsministeriums von 1987 »Challenge and Commitment« forderte einen neuen Kurs in der Verteidigungspolitik, indem Kanada durch Modernisierung der Marine zu einer wichtigen Seestreitmacht geformt werden sollte. Zudem wurde die kontinentale Integration, das Kernelement der zweiten Option, konsequent umgesetzt. »Vorangetrieben durch einflussreiche Stimmen kanadischer Unternehmer, [...] erleichtert durch die ideologische Übereinstimmung mit Ronald Reagan und gegen den Protest von Oppositionsparteien, Gewerkschaften und zahlreichen Interessengruppen leitete die Regierung 1985 die Verhandlungen zu einem umfassenden Freihandelsabkommen mit den USA ein.« (Borchard, 1997a: 3) Diese Verhandlungen wurden 1987 mit der Unterzeichnung des Free Trade Agreements (FTA) abgeschlossen. Kanada hatte sich dadurch langfristig an die USA gebunden. Die kontinentale Integration, die das FTA 1987 einleitete, sollte zum entscheidenden Charakteristikum kanadischer Außenpolitik bis zum Ende der Ära Mulroney (1993) werden. (Borchard, 1997a: 3f.)

Ein weiteres wichtiges Element in der Regierungszeit Mulroneys war die Vollmitgliedschaft in der Organisation Amerikanischer Staaten 1989. Sie stellte den Versuch dar, die kontinentale Integration über die USA hinaus auszuweiten, und somit den Einfluss der USA abzuschwächen. Auch innenpolitisch entschied sich Mulroney für die Integration. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, Québecks Zustimmung zur kanadischen Verfassung zu erlangen. Diese Verfassungsdiskussion band einen Großteil der politischen Energie. Die Niederlage in der Abstimmung über den Charlottetown Accord, einem Verfassungskompromiss, beendete die Karriere Mulroneys. Seine Nachfolgerin wurde im Juni 1993 Kim Campbell, die erste Frau im Amt des Premierministers. Ihr Auftritt auf der politischen Bühne war jedoch nur von kurzer Dauer. Bei den Parlamentswahlen im Oktober des Jahres verlor sie ihren Sitz im Parlament.

Der Sieger der Wahl war Jean Chrétien. Seine liberale Regierung stand völlig veränderten Rahmenbedingungen gegenüber. Diese waren gekennzeichnet durch fortschreitende politische Globalisierung, durch die kontinentale Integration im Rahmen von FTA und NAFTA, die finanziellen Engpässe auf nationaler Ebene sowie eine subnationale Fragmentierung durch den Verfassungsstreit. Daher versuchte sie, zu einer grundlegenden Neubestimmung zu kommen, die mit der Veröffentlichung des Weißbuchs zur Außenpolitik im Februar 1995 abgeschlossen wurde. Die Regierung Chrétien vertrat einen immer stärker selektiven Internationalismus, abzulesen beispielsweise an einer verstärkten kontinentalen Integration und einem sinkenden Budget für Entwicklungshilfe. Sie vermied den »Enthusiasmus« für Peace-Keeping-Operationen, der in den frühen 90er Jahren noch zu erkennen gewesen war. So ist Kanada durch den Abzug aus Haiti von einem der führenden Teilnehmer an Peace-Keeping-Missionen der UN auf Platz 24 gerutscht, hinter Jordanien und Namibia (Nossal, 1998: 93f.). Auch der Austritt aus der UNIDO (UN Industrial Development Organization) steht im Gegensatz zur Politik der frühen 90er Jahre, als Mulroney sich weigerte, dem britischen und US-amerikanischen Austritt aus der UNESCO (UN Economic, Social and Cultural Organization) zu folgen. Der Versuch, eine andere Außenpolitik als Mulroney zu machen, hieß häufig, das genaue Gegenteil zu tun. So blieb z. B. auch der kanadische Beitrag zur IFOR in Bosnien weiter hinter den Erwartungen der NATO-Partner zurück. Im Parlament fand Chrétien viel Unterstützung für diese Haltung. Die Progressive Conservative Party verlangte weitere Einschnitte im Entwicklungshilfehaushalt und eine dramatische Reduzierung der kanadischen Präsenz im Ausland. Auch die Mitglieder der Reform Party

unterstützten die Kürzungen im Bereich der internationalen Einsätze. Sogar die New Democratic Party, eigentlich streng internationalistisch ausgerichtet, setzte sich für einen Rückzug aus einer umfassenden internationalen Präsenz Kanadas ein. Dennoch kann von einer Rückkehr zum Konzept des Isolationismus keine Rede sein. Trotz aller Kürzungen im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik bleibt Kanada – allein schon im Wirtschaftsbereich – eng mit dem internationalen System verbunden. Generell ist diese Zeit geprägt von einem Abrücken von jenem voluntaristischen Element, das einst den Weg in die Entwicklungshilfe wies oder die Möglichkeit bot, in Konfliktzonen eine robuste Politik aufrechtzuerhalten. (Nossal, 1998: 105)

## **Außenpolitische Grundorientierungen und Grundstrategien**

Kanadas Suche nach einer außenpolitischen Orientierung stand stets im Schatten des mächtigen Nachbarn USA. Weil beide Länder als ehemalige britische (und französische) Kolonien so viele Gemeinsamkeiten haben (gemeinsame Sprache, verwandte Kultur und geographische Nähe), fassen viele Kanadier das Macht- und Einflussgefälle zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada als Bedrohung auf (vgl. Zellmer-Bjick, 1998: 356). Eine Bedrohung, die sich heute – anders als im 19. Jahrhundert – nicht in militärischer Form manifestiert, sondern in der Sorge, von US-amerikanischen kulturellen, ökonomischen und politischen Praktiken überrollt zu werden. Gemeinsames Ziel fast aller Regierungen war es somit, Kanadas wirtschaftliche und politische Außenbeziehungen zu diversifizieren, um die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu verringern. Das Bekenntnis zum Multilateralismus beruht auf der Erkenntnis »that because their country is highly penetrated – by peoples, ideas, finance, capital, technology, culture, etc. – worldwide events have a direct impact on them« (Dewitt, 2000: 170) und diente der selbsterklärten »Mittelmacht« Kanada neben einer starken bilateralen Beziehung zu den USA stets dazu, sich eigene außenpolitische Handlungsfenster zu öffnen.

Der kanadische Internationalismus beruht auf einer Kombination aus Idealismus und Interessenpolitik. Multilaterales Engagement diente stets der (auch internationalen) Durchsetzung kanadischer Grundwerte wie Demokratie, friedlicher Konfliktlösung sowie eines stabilen Ordnungsrahmens für die Weltwirtschaft, um damit die Rahmenbedingungen für kanadischen Erfolg zu schaffen. Dass kanadische Außenpolitik oft mit einem starken moralisch-idealistischen Anstrich auftritt, kann auch als Teil der Diversifikationsstrategie gedeutet werden: »By giving its foreign policy a moral bias, Canada has been able to dissociate itself from the superpower in the South, which has often been characterized as imperialistic and interest-driven.« (Zellmer-Bjick, 1998: 361) Die Anerkennung von Pluralismus von Positionen sowie die Suche nach Verhandlungslösungen entspricht auch der innenpolitischen Kultur Kanadas im Sinne einer »natural affinity between how Canada ›does business‹ at home and how it wishes to pursue its interests and responsibilities abroad.« (Dewitt, 2000: 183)

Sicherheitspolitisch beruht Kanadas Diversifikationsstrategie auf drei Pfeilern: *Erstens* einer starken (wenn auch nicht reibungslosen) bilateralen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten (auch im Rahmen des NORAD), die *zweitens* transatlantisch eingebunden ist (im Rahmen von NATO und OSZE) sowie *drittens* durch Arbeit in multilateralen Organisationen wie den Vereinten Nationen ergänzt wird – und zu einer »Canada as a peacekeeping nation«-Identität führte: »In the midst of cold war rhetoric and seemingly intractable conflicts, Canadians saw a principal mission in assisting countries – largely those emerging from post-colonial struggles and the legacies of imperialism – in managing hostilities, pre-empting East-West intrusion, and creating conditions for non-violent dispute resolution.« (Dewitt, 2000: 176-177)

Kanadische Regierungen haben jeweils unterschiedliche Strategien verfolgt, um außenwirtschaftliche Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Premierminister Trudeau versuchte,

Handels- und Investitionsströme von den USA hin nach Europa und Asien zu lenken. Das Scheitern dieses Ansatzes führte spätere Regierungen dazu, zunächst auf einen bilateralen Freihandelsvertrag mit den USA (Canadian-US Free-Trade Area/CUFTA 1987) und später einen trilateralen Vertrag unter Einschluss Mexikos zu setzen (NAFTA 1993), um Zugang zum US-amerikanischen Markt zu gewinnen. Als eine der weltweit offensten Nationalökonomien (Güter- und Dienstleistungsimporte nahmen zwischen 1993 und 1998 von 29,9 % auf 40,2 % des BIP zu, Exporte von 29,3 % auf 41,5 %) ist Kanada heute ein großer Anhänger einer freien und stabilen Welthandelsordnung (etwa einer starken WTO) und eines »offenen Regionalismus« (vgl. Schneider, 2000).

Tiefgreifende innenpolitische wie internationale Veränderungsprozesse haben in den letzten Jahren einen Prozess der außenpolitischen Reorientierung in Gang gesetzt. International hat sich die kanadische Außenpolitik mit immer komplexeren transnationalen Problemlagen nach dem Ende des Kalten Krieges, der Schwäche traditioneller internationaler Organisation, dem Aufstieg von nicht-staatlichen Akteuren wie NGOs, eigenständigen europäischen Verteidigungsbestrebungen in einem stark veränderten Kontinent sowie sicherheitspolitischem Druck der USA auseinander zu setzen.

Innenpolitisch hat ein konsequenter finanzpolitischer Konsolidierungskurs in den 90er Jahren für sinkende verteidigungs- und entwicklungspolitische Budgets gesorgt, die Anfang 2000 nur leicht nach oben korrigiert wurden. Der Aufstieg der populistischen Reform Party brachte einen »blinden Internationalismus« in die Kritik. Die Auseinandersetzungen um den Status Québecs haben keine direkten Auswirkungen auf den außenpolitischen Kurs gehabt, jedoch außenpolitische Fragen erstens oft in den Hintergrund gedrängt und zweitens auf Seiten der Bundesregierung zu einer Instrumentalisierung außenpolitischer Leistungen als möglichen Integrationsfaktor geführt (vgl. Schneider, 2000).

Die Regierung unter Premier Chrétien hat seit Mitte der 90er Jahre einen selektiveren Internationalismus verfolgt. Dieser markiert das rhetorische Ende eines uneingeschränkten Pearsonschen Internationalismus (der eher als Ideal- denn Realtypus fungiert) und reagiert auf die Kritik, dass Kanada versucht hat, die Führungsrolle in zu vielen internationalen Initiativen zu übernehmen, ein Vermächtnis des Goldenen Zeitalters kanadischer Diplomatie von 1947-1957 (vgl. Potter, 1997). Anhänger der kanadischen Nischendiplomatie drängen auf eine selektivere Außenpolitik – jedoch sind die Selektionskriterien umstritten. Einige stellen rein wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund, andere erweiterte sicherheitspolitische Kriterien. Einige Vorschläge von Anhängern der Nischendiplomatie (etwa Übertragung friedenspolitischer UN-Maßnahmen auf NGOs oder die stärkere Einbindung von Stiftungen und anderen privaten Geldgebern sowie die Verlagerung des Fokus von Sicherheitsallianzen wie der NATO auf die G 7 oder die WTO) sind höchst umstritten (Potter, 1997: 30).

## **Außenpolitische Entscheidungsprozesse und Institutionen**

Kanada ist eine parlamentarische Monarchie mit bundesstaatlicher Verfassung. Staatsoberhaupt ist nach wie vor der britische Monarch. Der Ursprung Kanadas als britische Kolonie lässt sich am politischen System sehr deutlich ablesen. Nach britischem Vorbild besitzt Kanada ein Zweikammerparlament mit Ober- und Unterhaus (Senat und House of Commons). Auch die übrigen Komponenten des Systems – der Premierminister und sein Kabinett – sind dem britischen Vorbild nachempfunden. Das House of Commons setzt sich gegenwärtig aus 301 Abgeordneten zusammen, die alle fünf Jahre neu gewählt werden.

Primär liegt die Verantwortung für die Außenpolitik beim Premierminister und dem Außenminister (Secretary of State for Foreign Affairs). Bis 1946 führte der Premierminister das Außenministerium in Personalunion. Seit Ende der 80er Jahre werden vermehrt auch Kabinettsmitglieder aus anderen Ressorts in die Außenpolitik mit einbezogen. Dennoch ist der Premierminister der zentrale Akteur. Er kann Entscheidungen treffen oder Themen weit oben

auf der Agenda platzieren. Der Außenminister ist nicht nur der Hauptvertreter der auswärtigen Angelegenheiten und der oberste Verwaltungschef des Außenministeriums, er ist häufig auch der zweitmächtigste Mann im Kabinett.

Das Außenministerium wurde 1909 eingerichtet. Seit dieser Zeit hat sich der Aufgabenbereich stark vergrößert. Heute hat es vor allem folgende Aufgaben: Politikberatung, Koordinierung der kanadischen Außenbeziehungen und Umsetzung außenpolitischer Vorhaben. 1995 wurde das Außenministerium in Department of Foreign Affairs and International Trade (DFAIT) umbenannt.

Veränderungen in den internen Verwaltungsstrukturen haben die Dominanz des DFAIT in der Außenpolitik untergraben. Die Einführung eines Cabinet Committee System unterwarf die Aktivitäten des DFAIT der Überprüfung durch andere Ministerien. Auch haben die dem Premierminister unterstützenden Büros – das Prime Minister's Office (PMO) und das Privy Council Office (PCO) – mehr Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen gewonnen. Zudem verlangen viele zeitgenössische Themen Expertenwissen, über das das DFAIT nicht in ausreichendem Maß verfügt. Die Beteiligung unterschiedlicher Ministerien und Gebietskörperschaften ist daher notwendig.

Die Rolle des Parlaments im außenpolitischen Prozess ist durch die Befugnisse der Regierung eingeschränkt. Das Kabinett kann die zu erwartende Reaktion des Parlaments in seine Überlegungen mit einbeziehen, muss dies aber nicht tun. Eine gesetzliche Verpflichtung, das Parlament am Entscheidungsprozess zu beteiligen, gibt es nicht. Dennoch hat das Parlament die Möglichkeit, über öffentlichen Druck Einfluss zu üben. Die Fragestunde bietet beispielsweise die Chance, außenpolitische Themen aufzugreifen. Zudem haben das House of Commons Standing Committee on External Affairs and National Defence (SCEAND) und das Senate Committee on Foreign Affairs mehrere Untersuchungen zu verschiedenen Aspekten kanadischer Außen- und Verteidigungspolitik vorgenommen. Spezielle parlamentarische Arbeitsgruppen und Unterkomitees wurden gebildet, um über Themen wie die Beziehungen zwischen Kanada und den USA oder Nord-Süd-Beziehungen zu berichten. Dennoch ist der Einfluss des Parlaments durch die Möglichkeit der Regierung, Verträge mit anderen Ländern ohne Ratifikation durch das Parlament abzuschließen, eingeschränkt.

Auch die Provinzregierungen haben sich eine Rolle im außenpolitischen Prozess erkämpft. Westliche Provinzen beschäftigen sich beispielsweise mit dem Ressourcenexport, während sich das atlantische Kanada für Fischerei oder Seerecht interessiert.

Die Mitglieder des Senats werden, ähnlich wie die des britischen House of Lords, auf Lebenszeit ernannt. »Die relativ unklare Stellung des Senats in politischen Entscheidungsprozessen – er hat formales Zustimmungsrecht zu Gesetzen, wobei diese Zustimmung traditionell, aber eben nicht immer gewährleistet wird – macht die zweite Kammer zu einem schwer kalkulierbaren Faktor.« (Oldendorff, 1995: 377)

In den letzten Jahrzehnten sind vermehrt auch andere Regierungs- und Nichtregierungsbehörden in den Politikprozess eingetreten. Der Außenpolitikprozess ist umfassender geworden und hat sich stärker für Nichtregierungsgruppen geöffnet. Auf internationaler Ebene sind NGOs und multinationale Konzerne aktiv geworden. In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ergänzen neue Themen die außenpolitische Agenda. Daher ist die Zahl der Interessengruppen stark gestiegen. Die Zahl der Interessengruppen ist schwer zu schätzen, allein in Ottawa gibt es mehr als 300 Organisationen, die die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Generell haben kanadische Organisationen jedoch häufig das Problem mangelnder zentraler Organisation und regionaler Sonderinteressen, das die Einflussnahme auf die Bundespolitik erschwert. (Oldendorff, 1995: 69ff.)

Kanadas Parteiensystem war bis zu den Wahlen von 1993 vor allem durch die Dominanz zweier Parteien, der Liberal Party of Canada und der Progressive Conservative Party of Canada, geprägt. »Die kanadischen Parteien kennzeichnet eine Spaltung entlang der bestehenden ethnisch-kulturellen und regional-ökonomischen Spaltungslinien, die sich

innerhalb der Parteien widerspiegelt und oft eine uneinheitliche Interessenlage zwischen Bundes- und Provinzparteien nach sich zieht.« (Oldendorff, 1995: 363) Die drittgrößte Partei ist die New Democratic Party, die traditionell von den Gewerkschaften unterstützt wird. Durch das Mehrheitswahlrecht haben kleinere Parteien so gut wie keine Chance.

»Die Herausforderung [...] vor allem für das Department of External Affairs and International Trade (DEAIT) in den kommenden Jahren wird es sein, Dienstleistungen für eine zunehmend multikulturelle Gesellschaft bereitzustellen, die die durch Kanadas Außenbeziehungen stärker betroffen sein und sich mehr dafür interessieren wird, während es gleichzeitig die Forschung und Politikberatung für eine wachsende internationale Agenda gewährleisten muss – und alles mit weniger Geld.« Dies könnte durch organisatorische Veränderungen wie die Schaffung eines Global and Human Issues Bureau im DEAIT erreicht werden. (Potter, 1997: 28-29)

## **Außenwirtschaftspolitik**

Kanadas wirtschaftliche Entwicklung ist hauptsächlich durch zwei Faktoren geprägt. Kanada verfügt im Verhältnis zur Größe der Territoriums über eine sehr kleine Bevölkerung. Daher gehört es notwendigerweise zu den größten Handelsnationen der Welt. Der einheimische Markt ist zu klein, um florierende Industrien zu stützen, mit der Folge, dass über ein Drittel des Bruttosozialprodukts vom Außenhandel abhängig ist. Durch die Größe des Territoriums verfügt Kanada zudem über große Mengen an Rohstoffen. Der zweite Faktor ist seine Lage auf dem nordamerikanischen Kontinent: Kanada verfügt über nur eine Landgrenze (über eine Länge von mehr als 8.000 km) mit den USA. Durch diese Nähe gibt es in der kanadischen Wirtschaft einen hohen Anteil an Fremdkapital.

Hauptexportgüter Kanadas sind natürliche Ressourcen wie Rohöl, Erdgas und Mineralien, aber auch Getreide, Vieh, Holz, Fisch und Felle. Der Grundstein für das heutige Erscheinungsbild der kanadischen Wirtschaft wurde hauptsächlich während der Kolonialzeit gelegt. Und bis heute ist Kanada auf Rohstoffexporte angewiesen. Im Gegensatz zu anderen Industrienationen hat es sich nicht der Produktion höherwertiger Produkte zugewandt, sondern importiert verarbeitete Güter.

Mit dem Umschwenken auf die dritte Option durch die Regierung Trudeau wurde der Diversifizierung des Außenhandels vermehrt Aufmerksamkeit gewidmet. Diese Bemühungen richteten sich zunächst auf die Europäische Gemeinschaft und Japan; später dann zunehmend auf den asiatisch-pazifischen Raum. 1997 wurde zu Canada's Year of Asia Pacific ernannt. Viele Diskussionsforen und Ausstellungen widmeten sich dem Thema, und im November fungierte Kanada als Gastgeber für das Gipfeltreffen der APEC-Staats- und Regierungschefs. Gleichzeitig wandten sich die Regierungen nach Trudeau wieder verstärkt dem Handel mit den USA zu, was schließlich im FTA bzw. im NAFTA gipfelte. 1998 gingen 83,2 % aller kanadischen Exporte in die USA, während es gleichzeitig 77,0 % aller Einfuhren von dort bezog. Hauptexportgüter in die USA sind Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile und Ergas. Importe aus den USA sind vor allem Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile, Maschinen und Computer. Haupthandelspartner sind nach den USA die Europäische Union und Japan (Fischer Weltalmanach 2000).

Das 1989 in Kraft getretene und 1994 um Mexiko erweiterte North American Free Trade Agreement (NAFTA) wurde zum Rückgrat der konservativen Wirtschaftspolitik unter Mulroney. Unter den außenwirtschaftspolitischen Zielen erhielten die Modernisierung der kanadischen Ökonomie und die Steigerung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit Priorität. Dennoch muss festgehalten werden, dass die Regierung Mulroney in der Umsetzung ihrer Vorgaben wenig Konsequenz zeigte und sich daher die finanzielle Situation Kanadas nicht verbesserte (Schneider, 1997: 124ff.).

Die liberale Regierung unter Chrétien trat 1993 ein schweres Erbe an. Sie versprach Belebung der kanadischen Wirtschaft, um sie im internationalen Markt konkurrenzfähig zu halten (Schneider, 1997: 149).

Die versprochene Nachbesserung des NAFTA musste die Regierung Chrétien auf Grund des Widerstands der US-Regierung schnell aufgeben. Sie hatte in den Verhandlungen auch keinen besonders guten Stand, da Kanada in hohem Maße vom US-amerikanischen Markt abhängig ist. Für Kanada und Mexiko »bildet das NAFTA den dominierenden Aktionsrahmen für die Zukunft.« (Borchard, 1997b: 204)

## **Sicherheitspolitik**

Nationale Verteidigungspolitik ist heute kein Thema, das ganz oben auf der kanadischen Agenda zu finden wäre: Kanada verspürt keine unmittelbare Bedrohung durch eine mögliche Invasion (anders als im Kalten Krieg), die Kerninstitutionen sind stabil, und die Kanadier sind nicht in außenpolitische Abenteuer gezwungen worden, die ihren Präferenzen widersprochen hätten. Sicherheitspolitisch unterscheidet sich die Grundposition Kanadas von anderen Staaten mit einer langen kolonialen Vergangenheit oder gegenwärtigem Supermachtstatus: »Canadians rarely speak of a national security policy or apparatus. [...] Canadians express concern about international security, by which they generally have meant a sense of a preferred world order – what it should be, how it might be achieved, what Canada's roles and responsibilities are.« (Dewitt, 2000: 170) Maurice Baril, Chief of the Defence Staff, fasst die sicherheitspolitische Grundphilosophie Kanadas in einer Rede aus dem Jahre 1999 prägnant zusammen: »In this age of the global village, there is no such thing as a fireproof house. We Canadians are directly affected by the ebb and flow of international events. As a trading nation, a nation of many different cultures, and a nation that has helped elevate the concept of human security onto the international agenda – these events have a direct impact on this country. Canadians want to be able to address such events, to be engaged, and to make relevant and effective contributions to the maintenance of international peace and security.« (Baril, 2000: 360)

Das kanadische Selbstverständnis innerhalb der Weltgemeinschaft ist eng mit einem starken Drang verbunden, etwas zu tun (»to do something«), sei es durch friedenschaffende Maßnahmen oder innovative langfristige Maßnahmen der Konfliktvorbeugung und Friedensförderung (vgl. Dewitt, 2000: 170). Dies spiegelt sich gegen Ende der 90er Jahre in der »Human Security«-Agenda des kanadischen Außenministers Lloyd Axworthy wider (vgl. Axworthy, 1997), welche den klassischen Sicherheitsbegriff ausweitet. »[...] the threats to security now are more complex than before. A whole range of issues that transcend borders – including mass migration, crime, disease, environmental degradation, overpopulation, and underdevelopment – have peace and security implications at the regional or global level.« (White Paper »Canada in the World 1995« zit. in: Rioux/Hay, 1998: 65) Axworthy beschreibt die »Human Security«-Agenda als Versuch, »to construct a global society in which the safety of people is an international priority and a motivating force for international action; where international humanitarian standards and the rule of law are advanced and woven into a coherent web protecting the individual; where those who violate these standards are held fully accountable; and where our global, regional and bilateral institutions are designed and equipped to enhance and enforce these standards.« (zit. in Chapnik, 2000: 203) Sichtbare Elemente der »Human Security«-Agenda waren die kanadische Unterstützung der Kampagne für den Bann von Landminen, ähnliche Bemühungen im Bereich von Kindersoldaten, die Schaffung eines »peace-building«-Fonds sowie die große Unterstützung für die Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs im Jahre 1998. Als Anhänger eines liberalen Internationalismus hat Kanada bis Anfang der 90er Jahre an jedem UN-Blauhelmeinsatz teilgenommen und ist auch sonst als Unterstützer der Vereinten Nationen in Erscheinung

getreten. Mitte der 1990er Jahre erreichte das kanadische Engagement einen Höhepunkt mit einer gleichzeitigen Beteiligung an bis zu 65 friedenserhaltenden Maßnahmen der UN. Seither sorgen neben enttäuschenden Bilanzen einiger Einsätze (wie in Somalia) auch stetige Budgetkürzungen für eine reduzierte Beteiligung an UN-Mission – von 1994-1999 schrumpften die Streitkräfte von 75.000 auf 60.000 Mann, die Zahl der zivilen Beschäftigten ging um 40 % zurück. Derzeit können 7 % der kanadischen Truppen out of area eingesetzt werden (der vergleichbare Wert liegt in Deutschland bei 2 %; Birgelen/Waschuk, 2000: 47).

Die weitreichenden Bemühungen und die breite sicherheitspolitische Agenda leiden unter der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit – im Sinne der vielzitierten »*commitment-capability gap*«: »At the same time as they continue to set expectations that cannot be fulfilled, their ability to make logical choices concerning where, how, and why to commit their scarce resources is hampered.« (Dewitt, 2000: 173) Auch als Reaktion auf diese Diskrepanz, jedoch weitgehend unbeachtet von der breiten Öffentlichkeit haben sich seit Mitte der 90er Jahre eine Reihe von Institutionen und Kommissionen mit der Notwendigkeit einer Reorganisation, Reform und Refokussierung des kanadischen Militärs nach dem Ende des Kalten Krieges befasst. Erster Pfeiler ist die gemeinsame Kommandostruktur mit den USA sowie die Zusammenarbeit innerhalb der NATO, weiterer wichtiger Pfeiler sind die Aktivitäten innerhalb der Vereinten Nationen. Kritiker beklagen, dass »the analyses and sentiments still have not been codified or consolidated into an overall strategic view of Canada's place in the world of war and peace.« (Dewitt, 2000: 168)

Die kanadische Sicherheitspolitik hat durch die Teilnahme an zwei Weltkriegen sowie die Mitgliedschaft in OSZE und NATO eine wichtige transatlantische Komponente. Die transatlantische Verbindung beruhte auch auf einer weitgehenden Übereinkunft zwischen Europa und Kanada, was den multilateral eingebundenen Einsatz von Streitkräften auf internationaler Ebene betraf. Die Rahmenbedingungen der transatlantischen Partnerschaft haben sich jedoch in den 90er Jahren dramatisch geändert. Kanada findet sich zwischen den Anstrengungen zum Aufbau einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität einerseits und den US-amerikanischen Plänen für eine nationale Raketenabwehr (für welche die USA die gemeinsame US-kanadische Kommandostruktur nutzen möchten) wieder. Kanada nimmt Europa insbesondere als zunehmend als von eigenen Problemen absorbiert wahr. Kanada sei weitgehend vom sicherheits- und verteidigungspolitischen Schirm Europas verschwunden, der sich in seiner Außenwahrnehmung allein auf die USA konzentrierte (vgl. Birgelen/Waschuk, 2000: 47). Gleichzeitig schwinden die Erinnerungen an die Teilnahme an Weltkriegen, und Stimmen mehren sich, die Kanadas Zukunft ausschließlich im Pazifik und auf dem amerikanischen Kontinent sehen.

## **Entwicklungshilfepolitik**

Kanada hat derzeit zu mehr als 100 Staaten der Erde Beziehungen im Rahmen von Entwicklungshilfeprojekten.

Da Kanada als einzige der führenden Industrienationen keine Vergangenheit als Kolonialmacht hat, hat es Entwicklungshilfe stets als willkommene Möglichkeit gesehen, seinen externen Einfluss zu vergrößern und die eigenen Wirtschaftsbeziehungen zu diversifizieren (Thérien/Noël: 1994: 536). Seit 1968 ist die Canadian International Development Agency (CIDA) für die kanadische Entwicklungshilfe verantwortlich. Sie untersteht formal dem DFAIT und wird im Kabinett und gegenüber dem Parlament durch das Außenministerium vertreten. Häufig agiert die CIDA wie eine Vertretung der Entwicklungsländer innerhalb der kanadischen Exekutive (Fanger/Jäger, 1985: 104). Die CIDA ist sowohl für die bi- als auch die multilaterale Hilfe verantwortlich. Letztere wird allerdings häufig über die UN oder die Weltbank koordiniert, sodass Kanada hauptsächlich bilaterale Hilfe leistet. Ein Teil der kanadischen Entwicklungshilfe wird in gebundener Form

geleistet, d. h. dass ein Großteil der erhaltenen Gelder in Kanada ausgegeben werden soll bzw. zwei Drittel der gekauften Waren in Kanada produziert worden sein sollen (Jackson, 1990). Im Zuge der Sparmaßnahmen der kanadischen Regierung sank die Official Development Aid (ODA) zwischen 1990 und 1998/99 um mehr als 40 % auf ein Niveau von 0,3 % des Bruttoinlandproduktes (Schneider, 2000). Das im März 2000 vorgestellte Budget stellt eine bescheidene Erhöhung der Aufwendungen in Aussicht. Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern liegt Kanada somit im unteren Drittel, was den Anteil der Entwicklungshilfe am BIP betrifft. Vom Ziel der internationalen Gemeinschaft, 0,7 % des BIP für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, hat Kanada sich den letzten Jahren immer weiter entfernt.

### **Mitgliedschaft in internationalen Organisationen**

Kanada ist Gründungsmitglied der Vereinten Nationen und hat dort immer eine aktive Rolle gespielt. Seine Stellung und sein Ansehen innerhalb der UN sind u. a. daran abzulesen, dass Außenminister Pearson 1952 zum Präsidenten der Vollversammlung gewählt wurde (Sautter, 1992a). Auch wenn auf Grund von Haushaltskürzungen das Engagement in Blauhelm-Missionen etwas zurückgegangen ist, sind kanadische Soldaten noch immer in aller Welt an UN-Einsätzen beteiligt. Des Weiteren ist Kanada auch in den Unterorganisationen der UNO aktives Mitglied, die Internationale Zivilluftfahrtorganisation hat ihren Sitz in Montreal. Zwar ist es Kanada nicht gelungen, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu erlangen, bis Ende des Jahres 2000 hat es allerdings zum wiederholten Male einen nichtständigen Sitz inne. Im Jahre 1989 trat Kanada der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) als Vollmitglied bei, in der es zuvor den Status eines permanenten Beobachters inne hatte. Zudem ist Kanada u. a. Mitglied der OECD (seit 1996 stellt es den Generalsekretär), der Weltbank, Mitglied in der WTO/GATT, dem NAFTA, dem Commonwealth, der G 7/G 8 und der APEC.

### **Perspektiven**

Es wäre eine Fehldeutung, die Politik des selektiven Multilateralismus notwendigerweise als eine Tendenz zum außenpolitischen Isolationismus zu deuten (vgl. Rioux/Hay, 1998). Richtig ist jedoch, dass ein Spannungsverhältnis zwischen der ambitionierten »human security«-Agenda, enger gefassten verteidigungspolitischen Bestrebungen, einem haushaltspolitischen Konsolidierungskurs sowie einer Ausrichtung der Außenpolitik an rein wirtschaftspolitischen Zielen existiert. Was bislang fehlt, ist eine transparente Artikulation der »criteria for determining priorities for Canadian commitments in the various sectors of international affairs so that effective policy can be pursued« (Dewitt, 2000: 173).

*Thorsten Benner und Ines Miriam Gerke*

### **Literatur**

- Axworthy, Lloyd (1997) »Canada and Human Security: The Need for Leadership«, *International Journal* 52 (2), S. 183-196.
- Baril, Maurice (2000) »Canadian defence force: This institution's future«, *Vital Speeches of the Day* 66 (12), S. 357-360.
- Birgelen, Georg und Roman Waschuk (2000) »Torn Between Two Lovers. Kanada und die europäische Sicherheitspolitik«, *Internationale Politik* 55 (7), S. 46-50.
- Borchard, Ralf (1997a) *Grundlagen einer vierten Option: Kanadische Außenpolitik in der Ära Mulroney* (Bochum, Brockmeyer).
- Borchard, Ralf (1997b) »NAFTA: Langfristige Richtlinie kanadischer Handelspolitik«, in Rainer-Olaf Schultze und Steffen Schneider (Hg.) *Kanada in der Krise. Analysen zum*

- Verfassungs-, Wirtschafts- und Parteiensystemwandel seit den 80er Jahren* (Bochum, Brockmeyer) S. 203-230.
- Brown, Robert Craig (Hg.) (1997) *The illustrated history of Canada* (Toronto/Ontario, Key Porter Books).
- Chapnik, Adam (2000) ›The Canadian Middle Power Myth‹, *International Journal* Frühjahr 2000, S. 188-206.
- Der Fischer Weltalmanach 2000*, hg. v. Mario van Baratta (Frankfurt a. M., Fischer).
- Dewitt, David B. (2000) ›Directions in Canada's International Security Policy. From Marginal Actor at the Centre to Central Actor at the Margins‹, *International Journal* Frühjahr 2000, S. 167-187.
- Fanger, Ulrich und Wolfgang Jäger (Hg.) (1985) *Kanadas außenpolitisches Profil in der Ära Trudeau zwischen Innovation und Reaktion: Entscheidungsprozesse und Handlungsspielräume* (Berlin, Duncker & Humblot).
- Jackson, Robert J. und Doreen (1990) *Politics in Canada. Culture, Institutions, Behaviour and Public Policy* (Scarborough/Ontario, Prentice Hall).
- Melakopides, Costas (1998) *Pragmatic Idealism. Canadian Foreign Policy, 1945-1995* (Montreal u. a., McGill-Queen's University Press).
- Michaud, Nelson und Louis Belanger (2000) ›Canadian institutional strategies: New orientations for a middle power foreign policy?‹, *Australian Journal of International Affairs* 54 (1), S. 97-113.
- Nossal, Kim Richard (1998) ›Pinchpenny Diplomacy. The decline of »good international citizenship« in Canadian foreign policy‹, *International Journal* 53 (Winter 1998/99), S. 88-105.
- Oldendorff, Gitta (1995) *Kanada und der Freihandel. Der Staat zwischen Wiedergeburt und Kapitulation* (Wiesbaden, Deutscher Universitätsverlag).
- Potter, Evan H. (1997) ›Niche Diplomacy as Canadian Foreign Policy‹, *International Journal* 52 (1), S. 25-38.
- Rioux, Jean-Francois und Robin Hay (1998) ›Canadian Foreign Policy. From Internationalism to Isolationism?‹, *International Journal* 54 (1), S. 57-75.
- Sautter, Udo (1992a) *Geschichte Kanadas. Von der europäischen Entdeckung bis zur Gegenwart* (München, C. H. Beck).
- Sautter, Udo (1992b) ›Entwicklung der kanadischen Demokratie: Vom Dominion zum souveränen Staat‹ in Knud Krakau (Hg.) *Lateinamerika und Nordamerika. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im historischen Vergleich* (Frankfurt/New York, Campus Verlag) S. 170-181.
- Sautter, Udo (2000) *Geschichte Kanadas* (München, C. H. Beck).
- Schneider, Steffen (1997) ›Von der neoliberalen Agenda zur Fourth National Policy? Entwicklungslinien kanadischer Wirtschaftspolitik in den 80er und 90er Jahren‹ in Rainer-Olaf Schultze und Steffen Schneider (Hg.) *Kanada in der Krise. Analysen zum Verfassungs-, Wirtschafts- und Parteiensystemwandel seit den 80er Jahren* (Bochum, Brockmeyer) S. 123-163.
- Schneider, Steffen (2000) ›Kanada: Außenpolitische Neuorientierung oder Kontinuität‹ in Marion Gräfin Dönhoff et al. (Hg.) *Jahrbuch Internationale Politik 1997-1998* (München, Oldenbourg) [im Erscheinen].
- Schultze, Rainer-Olaf und Steffen Schneider (Hg.) (1997) *Kanada in der Krise. Analysen zum Verfassungs-, Wirtschafts- und Parteiensystemwandel seit den 80er Jahren* (Bochum, Brockmeyer).
- Thérien, Jean-Philippe und Alain Noël (1994) ›Welfare Institutions and Foreign Aid: Domestic Foundations of Canadian Foreign Policy‹, *Canadian Journal of Political Science* 27 (3), S. 529-558.
- Tucker, Michael J. et al. (Hg.) (2000) *Canada and the New World Order* (Toronto, Irwin).

Zellmer-Bjick, Martina (1998) ›Hosting the Economic Leaders' Meeting 1997: Canada and APEC‹, *Internationales Asienforum* 29 (3-4), S. 353-374.

Internet-Adresse des kanadischen Außenministeriums: <http://www.dfait-maeci.gc.ca/>

*Thorsten Benner, geb. 1973, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie an den Universitäten Siegen und York, M. A. 1998. 1998/99 Visiting Scholar an der University of California at Berkeley, danach Research Associate im Global Public Policy Project (<http://www.globalpublicpolicy.net>) in Washington D. C. sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin. Seit September 2000 Policy Analyst im Office of Development Studies des UN Development Programme in New York.*

*Ines Miriam Gerke, geb. 1973, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Siegen und York (GB), M. A. 1999. Derzeit Doktorandin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Siegen.*